

# Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Hauptblatt und gelesenste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und angrenzenden Gebieten

Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage. Geschäftsstelle Bischofswerda, Ullmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22.

**Erscheinungsweise:** Jeden Werktag abends für den folgenden Tag.  
**Bezugspreis:** Bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 5.—, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 5.50, durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 15.— ohne Zustellungsgebühr. Alle Postkonten, Postboten, sowie Zeitungsausträger und die Geschäftsstelle des Blattes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

**Polksheds-Konto:** Amt Dresden Nr. 1521. — **Gemeindeverbandskassakonto:** Bischofswerda Konto Nr. 64.  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger Krieg welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verfertigungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

**Anzeigenspreis:** Die gespaltene Grundzeile (Zim. No. 14) oder deren Raum 1.40 Mk. — **Stille Anzeigen** 1.— Mk. — **Im Text** (Zim. No. 14) 4.— Mk., die gespaltene Zeile. Bei Wiederholungen Nachschlag nach feststehenden Sätzen. — **Umstiche** Anzeigen die gespaltene Zeile 2.40 Mk. — Für bestimmte Tage oder Wochen wird keine Gewähr geleistet. — **Erfüllungsort:** Bischofswerda

Nr. 258.

Freitag, den 4. November 1921.

76. Jahrgang.

## Sächsischer Landtag.

Dresden, 2. November. Heute nahm der Landtag nach Ablauf der Sommerpause seine regelmäßige Tätigkeit wieder auf.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Präsident Fröhner eine Erklärung ab, in der er namens des sächsischen Volkes gegen die brutale und widerrechtliche Zerstückelung Oberschlesiens Protest erhob. Als er ausführte, daß sein Wort scharf genug sei, um die Zerstückelung Oberschlesiens richtig zu kennzeichnen und als er dies als unerhörten Gewaltakt bezeichnete, sehten die Kommunisten mit lebhaften Zwischenrufen ein, worauf der Präsident antwortete: „Seien Sie doch ruhig, es handelt sich doch um Sachsen und nicht um Rußland.“ Zum Schluß seiner Ausführungen betonte der Präsident, daß die Lage Deutschlands gebiete, daß die Parteien ihre Gegensätze nicht auf dem Rücken und zum Schaden des Volkes austragen. „Zehlet die Verfassung! Bewahrt die Ruhe und Ordnung! Erstrebt das Mögliche! Das sei das Gebot der Stunde.“

Hierauf gab der Minister des Innern Epinski eine lange Erklärung ab, in der er die Behauptung aufstellte, daß das bei wiederholten Hausdurchsuchungen und durch Erörterungen der Polizeibehörde gemessene Material erkennen ließe, daß auch in Sachsen die Brigaden Erhardt, die Organisation Eiserich, „Brüder vom Stein“ zusammen arbeiteten und daß eine geschlossene Organisation der Konterrevolution in Sachsen bestände. Das Polizeiamt in Leipzig sei angewiesen, die Auflösung der Vereine, zu denen der Minister auch den an der Leipziger Universität bestehenden „Leipziger Waffening“ rechnete, herbeizuführen. Sobald die Untersuchungen abgeschlossen seien, werde die Bestrafung herbeigeführt werden.

Hierauf wird in die Erledigung der Tagesordnung eingetreten. Abg. Graupe (Soz.) berichtet über den Gesetzentwurf über die Sonntagsruhe. In dem Gesetzentwurf wird ausgeführt, daß an Sonn- und Festtagen gewerbliche Arbeit zu ruhen hat und wann Ausnahmen aus gewerblichem und landwirtschaftlichem Arbeitsgebiet zulässig sind.

Die Vorlage wird dem Rechtsausschuß zur Weiterberatung überwiesen.

Der Geschäftsbericht der Landesbrandversicherungsanstalt auf die Jahre 1918/19 wird dem Haushaltsausschuß B überwiesen.

Hierauf werden die Anfragen von Dr. Wagner (Deutschnat. Vp.) und Herz (Soz.) betreffend die Umgehung des Einfuhrverbotes für schweizerische Spitzen durch eine Einfuhr-erlaubnis der Reichsregierung beraten.

Abg. Dr. Wagner (Deutschnat. Vp.) führt aus, daß die Reichsregierung das bisher bestehende Einfuhrverbot für Spitzen insofern aufgehoben habe, als sie einen außergewöhnlich hohen Einfuhrkontingent hochwertiger Schweizer Spitzen bis zu 10 und 20 Mill. Meter eröffnet habe. Die vogtländische Spitzenindustrie sei der schweizerischen mindestens ebenbürtig. Wenn auch die vogtländische Industrie gegenwärtig gut beschäftigt ist, so müssen doch alle solche Umstände vermieden werden, die unserer einheimischen Industrie zu Schaden gelangen können.

Abg. Minfker (Soz.) betonte ebenfalls die Schädigung, die die vogtländische Spitzenindustrie durch die Umgehung des Einfuhrverbotes erlitten habe.

Wirtschaftsminister Jellisch stellt fest, daß die Reichsregierung es unterlassen habe, vor der Zubilligung des Einfuhrkontingents die sächsische Regierung und die sachlichen Interessentkreise zu hören. Gegen dieses Verfahren der Reichsregierung habe die sächsische Regierung entschieden Verwahrung eingelegt, worauf vom Kreiswirtschaftsamt die Versicherung abgegeben worden sei, daß man in Zukunft die zuständigen Interessentkreise nicht wieder umgehen wird.

Hierauf begründet Finanzminister Heß den Gesetzentwurf und Maßnahmen zur Linderung der Not der Kleinrentner. Er führte aus, daß durch die Verlaae eine Erwerbsmöglichkeit für sofort beginnende Altersrenten bei der staatlichen Altersrentenanstalt geschaffen werde. Dadurch würden den Kleinrentnern die hohen Erträge der Kapitalien, die sonst nur bei Einzahlung unter Kapitalverzicht zugewilligt werden, innerhalb 5 Jahren zufallen und sie würden befreit von der Sorge bereinst vor dem Tode stehen.

Abg. Cirold (Kom.) behandelt den Antrag seiner Fraktion, die eine 50%ige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungslage vom 1. Oktober 1921 an fordert. Die dadurch falligen Summen sollen den Renteneempfängern aus sächsischen Staatsmitteln verlagsweise vorausgezahlt werden.

Abg. Denschardt (Unabh.) begründet den Antrag seiner Fraktion, nach dem bei der Reichsregierung darauf hinge-

wirkt werden soll, daß mit Rücksicht auf die fortgesetzt steigenden Preise die Unterstufungslage für die Erwerbslosen und für die Sozialrentner schleunigst erhöht werden.

Im Zusammenhang damit kam noch ein kommunistischer Antrag zur Beratung, der Auszahlung einer einmaligen Teuerungszulage von 1000 .K an die Arbeiterrentner fordert.

Abg. Voigt (Deutsche Volksp.) erklärt, daß an dem Gesetzentwurf noch mancherlei Änderungen vorgenommen werden müßten, wenn seine Partei der Vorlage zustimmen sollte.

Abg. Jilker (Deutschnat. Volksp.) gibt der Hoffnung Ausdruck, daß das Gesetz recht bald zustandekommt, damit den Kleinrentnern aus ihrer furchtbaren Notlage bald einigermaßen geholfen werden könne. Er bezeichnet es als sehr erfreulich, daß auch der Deutsche Städtetag die Fürsorge für die Kleinrentner als eine dringliche Aufgabe der Gemeinden bezeichnet hat.

Arbeitsminister Jädel bezeichnet den Antrag auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung als akzeptabel. Der kommunistische Antrag auf Vorauszahlung aus Mitteln des sächsischen Staates muß schon an dem Fehlen dieser Mittel scheitern. Weiter äußert sich der Minister über die Maßnahmen des Arbeitsministeriums zur Steuerung der Arbeitslosigkeit durch Vergabe von Notstandsarbeiten. Durch diese Maßnahmen sei 29 000 Arbeitslosen 14 Mill. Mark an Lohn zugeführt worden. Die Zahl der Arbeitslosen sei in Sachsen von ungefähr 80 000 im Jahre 1920 auf 26 000 zurückgegangen. Ganz besonders sei dieser Rückgang in Plauen in Erscheinung getreten.

Nachdem noch Ministerialrat Dr. Hänel, Frk. Zeißler vom Arbeitsministerium und der Abg. Franz (Sozialdemokrat), Minfker (Deutsche Volksp.), Frau Salinger, Abg. Grube (Kom.) und Abg. Dr. Eckardt (Deutschnat. Volksp.) zum Gesetzentwurf und zu den Anträgen gesprochen, wurde der Gesetzentwurf dem Haushaltsausschuß A und drei Anträge dem Haushaltsausschuß B überwiesen.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. Tagesordnung: Kurze Anfragen, Mieterschutz und Kartoffelverförmung.

## Die preussische Ministerkrisis.

Berlin, 3. November. (Draht.) Die preussische Regierungskrise hat im Laufe des gestrigen Tages keine weitere Klärung gefunden.

Während die meisten Blätter die Lage in Preußen noch als ungeläutert ansehen, will die „Post, Ztg.“ bereits wissen, zwischen Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten sei ein Einverständnis dahin erzielt worden, daß zunächst die alte Regierungskoalition wieder hergestellt und aus ihren Reihen ein neues Kabinett gebildet werden solle, in dem zwei Plätze für die Deutsche Volkspartei vorbehalten und durch Platzhalter besetzt werden sollen. Die Frage, wer Ministerpräsident werden soll, wird wahrscheinlich bis Donnerstag, dem Tage des Zusammentritts des Landtages, noch nicht gelöst sein.

## Ein Brief der Mörder Erzbergers?

Das „Deutsche Abendblatt“ druckt einen Brief von Heinrich Lillien und Heinrich Schulz, den mutmaßlichen Mördern Erzbergers, ab, der aus Emden datiert, aber auf einem Berliner Postamt ausgeliefert worden ist. Er lautet:

„Nachdem wir uns in Sicherheit befinden, ist es uns ein Bedürfnis, dem deutschen Volke eine Aufklärung über die Befreiung Erzbergers zu geben. Wir waren nicht die Täter, wir waren lediglich Werkzeuge. Unsere Aufgabe bestand darin, unter vollem Einsatz der Person die Spur auf uns zu lenken und dabei so geschickt zu arbeiten, daß den Tätern reichliche Zeit zur Flucht blieb. Wir glauben, uns dieser Aufgabe gewachsen gezeigt zu haben. Vor der Tat wußten wir nicht, worum es sich handelte. Unsere Anweisung lautete: „Bei einer politischen Tat den Tätern bedingungslos Hilfe zur Flucht zu leisten.“ Auch so viel Aufklärung wollen wir noch geben, daß die Anweisungen zur Tat an uns aus rheinischen Zentrumskreisen gekommen sind, ebenso die recht erheblichen Geldmittel, die die Organisierung der Tat erfordern hat. Alle die Verhafteten, soweit wir ihre Namen aus der Zeitung entnehmen konnten, sind völlig unbeteiligt. Wir bitten um wörtliche Veröffentlichung dieses Briefes, der gleichzeitig in Abschrift an die Staatsanwaltschaft in Offenburg und die Polizeidirektion München geht.“

Das „Deutsche Abendblatt“ fügt hinzu, daß ein Vergleich mit der seinerzeit im Steckbrief veröffentlichten Christprobe ergeben habe, daß an der Echtheit des vorliegenden

Schreibens kaum zu zweifeln sein dürfte, besonders wenn man berücksichtigt, daß die der Christprobe des Steckbriefs zugrunde liegende Eintragung in das Fremdenbuch zum Hirschen in Oppenau mit flüchtiger oder verstellter Hand geschrieben sein dürfte.

## Die Regelung der Königsfrage in Ungarn.

Budapest, 3. November. (Draht.) In der gestrigen Sitzung der Partei der kleinen Landwirte teilte Ministerpräsident Graf Bethlen mit, daß er morgen der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorlegen werde, der die Aufhebung der Herrscherrechte des Königs Karl und der Thronfolge des Hauses Habsburg zum Inhalt hat. In dem Gesetzentwurf heißt es: Das Herrscherrecht des Königs Karl wird aufgehoben. Die pragmatische Sanktion, die die Thronfolgerechte des österreichischen Hauses regelt, hat ihre Wirksamkeit verloren und hiermit ist das Recht der freien Königswahl wieder an die Nation zurückgefallen. Die Nation hält die Staatsform des Königtums unverändert aufrecht, verschiebt jedoch die Befehung des Königtums auf spätere Zeit und weist das Ministerium an, zu geeigneter Zeit entsprechende Vorschläge zu machen. Das Gesetz tritt am Tage der Veröffentlichung in Kraft. Die Partei hat beschlossen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Budapest, 3. November. (Ungar. Korresp.-Büro.) In der unter Vorsitz des Ministerpräsidenten abgehaltenen interparteilichen Konferenz wurde der Entwurf der Vorlage zur Regelung der Königsfrage einstimmig angenommen.

## Auch in Eger blutige Ausschreitungen!

Plauen, 2. November. Wie hier bekannt wird, kam es anlässlich von Pferdemonstrationen in Eger zu blutigen Ausschreitungen, zu denen 40 Tote und 80 Verwundete zum Opfer gefallen sein sollen. Die zur Pferdemonstration nach Eger gekommene Prager städtische Militärabteilung bezahlte die angebotenen Pferde anstatt mit Bargeld mit Anweisungen auf die Steuerbehörde. Die Bauern gerieten hierüber in große Aufregung und nahmen gegen das Militär Stellung, das kurzverhand auf sie feuerte. Die Verbreitung dieser Nachricht ist in Böhmen strengstens verboten.

## Kleine politische Mitteilungen.

**Deutsche Viehankäufe in der Ukraine.** Wie aus Charlow gemeldet wird, sollen deutsche Handelskreise sich an das ukrainische Volkskommissariat für Außenhandel mit dem Vorschlag gewandt haben, ihnen Viehankäufe in den von der Misere betroffenen Gebieten, wo das Vieh nicht durchgeführt werden kann, zu gestatten. Das Volkskommissariat hat sich hierzu grundsätzlich bereit erklärt.

**Infolge der Kohlenlosigkeit der französischen Kohlenförderungen** ist seit dem 31. Oktober die fünfte Feiertagschicht auf den Saargruben infolge Absatzmangels eingestellt worden.

**Ruhhandel zwischen Amerika und Frankreich.** Nach den Erklärungen mehrerer Senatoren ist Amerika bereit, Frankreich alles zu gewähren, wenn die französische Abordnung den amerikanischen Standpunkt bezüglich des äußersten Ostens unterstellt.

**Keine Einmischung mehr für Ungarn.** Nachdem die Große Entente sich für die Thronentsagung der ganzen Habsburger Dynastie ausgesprochen und die ungarische Regierung sich einverstanden erklärt hat, ist die Gefahr eines Einmarsches der Kleinen Entente in Ungarn geboben.

**Zunahme der englisch-irischen Spannungen.** Wood George acht wegen der Verhandlungen über die Lösung der irischen Frage vorerst nicht nach Washington.

**Ein deutsch-amerikanisches Kabel.** Nach einer Meldung des „Matin“ haben amerikanische und deutsche Kabelgesellschaften Verhandlungen eröffnet, um unter Benutzung der Azoren ein direktes deutsch-amerikanisches Kabel zu legen.

## Neues aus aller Welt.

**— Drohung mit dem Generalstreik.** Ein Wolffteleogramm meldet: In der gestrigen Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission wurde eine Resolution angenommen, in der erklärt wird: Wenn der Konflikt im Berliner Gastwirtschaftsgewerbe in 3 Tagen nicht beigelegt wird, sei die Plenarversammlung fest entschlossen, den Generalstreik in Berlin anzuwenden.

**— Das Unglück auf dem Wannsee.** Infolge des stürmischen Wetters ist es auch gestern nicht gelungen, das auf dem Wannsee gesunkene Motorboot zu heben. Die Taucherarbeiten gestalteten sich ebenfalls äußerst schwierig. Reichen sind